



Prof. Dr. Claudia Kemfert,
Leiterin der Abteilung Energie,
Verkehr, Umwelt am DIW Berlin



Prof. Dr. Dorothea Schäfer,
Forschungsdirektorin Finanzmärkte
am DIW Berlin.

NEUN FRAGEN AN CLAUDIA KEMFERT UND DOROTHEA SCHÄFER

»Risiken auf viele Schultern verteilen«

1. Frau Kemfert, um die Kosten der Energiewende wird kontrovers diskutiert. Wie hoch schätzen Sie den Finanzierungsbedarf ein? Das Bundesumweltministerium rechnet für die nächsten zehn Jahre mit Investitionen von bis zu 200 Milliarden Euro allein für die erneuerbaren Energien. Sicherlich sind auch Investitionen für Netze, Energiespeicher und auch für Kraftwerke nötig, das aber wäre auch ohne Energiewende der Fall.
2. Wo liegen die dringlichsten Investitionen? Die dringendsten Investitionen liegen eindeutig bei den erneuerbaren Energien. Bei den Großprojekten sind es beispielsweise die Off-Shore-Windparks, die besonders investitionsintensiv sind, aber auch große Infrastrukturprojekte.
3. Frau Schäfer, derzeit belastet die Eurokrise die Finanzmärkte. Was bedeutet das für die Finanzierung der Energiewende? Die Eurokrise ist vor allen Dingen in indirekter Weise für die Energiewende relevant, weil sie die Finanzierungsmöglichkeiten des Staates beschränkt. Aus der Eurokrise hat sich der Fiskalpakt abgeleitet und der bedeutet, dass die Neuverschuldung in einem sehr engen Rahmen gehalten werden muss. Das heißt, die Beiträge des Bundes für die Energiewende können nur zu einem ganz geringen Teil fremdfinanziert sein.
4. Welche Rolle spielen die Banken dabei? Die Banken lassen erkennen, dass sie in Zukunft vielleicht ihre Finanzierungsbereitschaft einschränken könnten. Dabei wird unterschwellig die Regulierung dafür verantwortlich gemacht, dass sie vielleicht ihre Finanzierungsbereitschaft zurückfahren müssen. Aber nur starke Banken können die Finanzierungsvolumina, die für die Energiewende notwendig sind, stemmen. Das heißt, die Banken müssen eigenkapitalstark sein und Eigenkapitalstärke erreicht man nicht dadurch, dass man immer versucht, die Eigenkapitalanforderungen für Kredite herunter zu schrauben.
5. Wie ließen sich die Finanzierungshürden dennoch nehmen? Die Finanzierungshürden lassen sich nur so nehmen, dass der Finanzierungsbedarf auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Und da ist es besonders wichtig, dass genügend Eigenkapitalinvestoren gewonnen werden, die sich dann an der Finanzierung der Energiewende beteiligen. Wenn sehr viel Eigenkapital in die Investitionen fließt, dann sind auch die Fremdkapitalgeber besser in ihren Risiken abgesichert.
6. Frau Kemfert, müsste die EEG-Umlage unter diesen Umständen erneut angepasst werden? Nein, die Förderung der erneuerbaren Energien gibt ausreichend Planungssicherheit für Investoren. Aber es ist richtig, dass man die Vergütungssätze auch weiterhin anpasst, damit die EEG-Umlage nicht exorbitant steigt.
7. Besteht an anderer Stelle ein Anpassungsbedarf, um den Finanzierungsschwierigkeiten gerecht zu werden? Ja. Der Energie- und Klimafonds wird immer leerer, denn er speist sich aus dem Verkauf der CO₂-Zertifikate, deren Preis denkbar niedrig ist. Weil man zu viele CO₂-Zertifikate auf dem Markt hat und die Obergrenzen auf EU-Ebene nicht angepasst sind, sinkt der Preis immer weiter gegen nahezu Null. Das muss man auf EU-Ebene anpassen.
8. Frau Schäfer, an welcher Stelle wäre zusätzliches staatliches Engagement notwendig? Sicherlich ist es bei solch neuartigen Projekten notwendig, dass der Staat Brücken- oder Anschubfinanzierungen leistet, zum Beispiel, indem er als ein Eigenkapitalgeber mit in eine Projektgesellschaft einsteigt.
9. Im Rahmen der Finanzkrise hat der Staat die Banken bereits vielfach stützen müssen. Könnte er sie bei der Energiewende nicht in die Pflicht nehmen? Der Staat stellt einen impliziten Garantierahmen für den gesamten Bankensektor bereit. Das bedeutet geldwerte Vorteile für die Banken, weil sie dadurch niedrigere Finanzierungskosten haben. Hierfür müsste er auf jeden Fall eine Gegenleistung einfordern und zwar in Form einer angemessenen Beteiligung an den Kosten der Energiewende.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.